

Februar 1879.

Musik  
Landhauses

Reinecke  
Röntgen,  
Pätzner  
(Solonell).

Chinstrumente  
Beethoven.  
ante (D-moll,  
Schubert,  
Mozart.  
au der Con-  
tingangs des

1/2 7 Uhr.  
direction.

Blatt  
Post-

in  
-97)

mit ununter-  
g und Nach)

Börse, Nach-  
B. u. N. (M. M.)  
a. Angulust,  
benen Dahn,  
ischen Dahn,  
er Mühlhose,  
er Westrose,  
anf. Steinn.  
Hensch. Dahn.  
Telegraphen-  
Tageb. dienst.  
lung (Kant-

htung.

lungen und  
in 420 Sect.  
on der Bahr-  
irt und bis-  
rechen, sollen  
3 Jahre ver-

stadet  
1 Uhr  
Mond hier

om 15. März  
von 3 März  
en zu beziehn  
ist jedergeb-  
e, nach vor-  
ittergutver-  
rt.

1879.  
eiber'sche  
g.

chten.

ur Waesler  
Reinhart  
enant Thant  
Fr. Dahn  
Postaffinit  
nity mit Hl.  
— Dr. Hl.  
sch mit Hl.

in Jrefch  
D. Fehling  
rn. J. Heg  
Drn. Samt  
hn. — Ge-  
e Tochter.  
eine Tochter.  
erffling is

August Wreeß  
Robert Hoff  
vo Rirchne  
bertine von-  
Freiberg-  
Hreiter in  
paußn, ge-

in Leipzig

Nr. 39.

Leipzig.

erschient außer Sonntags  
täglich.

Preis

vierteljährlich 7 M. 20 Pf.  
Jede einzelne Nummer  
20 Pf.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Sonnabend,  
15. Februar 1879.

Inserate

find an die Expedition in  
Leipzig zu senden.

Inseratensgebühren

für die Spaltenzeile 20 Pf.  
unter Einrechnung 20 Pf.

## Telegraphische Depeschen.

\* Berlin, 13. Febr. Es sind Nachrichten von Sr. Maj. Kanonenboot Cyclop, 4 Geschütze, Commandant Kapitänleutnant v. Schudmann I., d. d. Tientsin, 14. Dec. 1878, eingetroffen.

\* Soltingen, 13. Febr. Bei der heute stattgehabten Wahl eines Landtagsabgeordneten an Stelle des verstorbenen Abg. Bürgers wurde der Geh. Commerzienrath Heimendahl in Krefeld mit großer Majorität gewählt.

\* Braunschweig, 12. Febr. abends. In dem Bericht der Commission für das Regententhaltgesetz wird auch darauf Bezug genommen, daß die Landesversammlung der Weigerung des Herzogs von Cumberland, die deutsche Bundesverfassung anzuerkennen, die Folge beilegte, daß sich damit der Herzog für die Thronfolge in einem deutschen Bundesstaate unmittelbar gemacht habe. „Wenn nun“ — heißt es in dem Bericht weiter — „auf eine so bestimmte Erklärung der Landesversammlung die Landesregierung den Gesetzentwurf vorlegte, so finden wir in dieser Thatsache den völlig genügenden Beweis dafür, daß die Landesregierung mit der Landesversammlung über die erwähnte Folge jener Weigerung sich in Uebereinstimmung befindet, wenigstens darüber ausdrücklich nichts gesagt ist. Die Landesversammlung wird diese Schlußfolgerung bestens zu acceptiren haben.“ Ueber die eigentliche Erbfolgefrage enthält der Entwurf nichts, zumal bereits bei den früheren Verhandlungen anerkannt worden, daß davon keine Rede sein solle, einmal, weil es noch nicht an der Zeit sei, und dann, weil keinesfalls der Versammlung allein die Entscheidung zustehe. Die Verhandlung im Plenum des Landtages über die Vorlage wird wahrscheinlich Sonnabend, 15. Febr., stattfinden.

\* München, 13. Febr. II. Kammer: Der Gesetzentwurf über die Erbschaftsteuer wurde mit 137 gegen 1 Stimme angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte der Finanzminister, bezüglich der Reform der directen Steuern in Baiern solle zunächst das Revisionsverfahren der Einkommensteuer erfolgen, die übrigen directen Steuern dagegen unverändert bleiben. Der Minister ersuchte ferner die bairischen Reichstagsabgeordneten, im Reichstage das Project der Vermehrung der Reichseinkommen durch indirecte Steuern möglichst zu unterstützen, da dies dem Budget Baierns vortheilhaft sein würde.

\* Wien, 13. Febr. Die Wiener Abendpost weist auf die Bedeutung der bei Eröffnung des Deutschen Reichstages gehaltenen Thronrede hin, und hebt hervor, der Kaiser Wilhelm habe sich in dieser wichtigen Rundgebung an die Spitze der europäischen Friedensmächte gestellt; bei der Machtstellung Deutschlands sei diese Rundgebung mehr als eine Friedensbotschaft, sie sei zugleich eine Friedensbürgschaft.

## Die Zulustaffeln.

Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus London vom 10. Febr.:

Wenn der Verbrauch von Seife als Maßstab für den Bildungsgrad der Zulust angenommen würde, dann müßte man dieselben in den rohesten aller Völker zählen, denn mit der Reinheit ist es herzlich schlecht bei ihnen bestellt. Ein anderes wäre es, wenn man die Höhe ihrer nationalen Bildung nach der Entwicklung ihrer Volkswirthschaft bemessen wollte, denn dann müßte man ihnen den ersten Rang unter allen Völkern des Erdbodens zuerkennen. Wird doch selbst Deutschland durch die Gründlichkeit, mit der sie den Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht auffassen und durchführen, entschieden in den Schatten gestellt. Der Zulubürger ist nämlich Soldat vom Kindesalter bis in das Greisenalter, sein König besitzt Regimenter von Knaben, die kaum stark genug sind, eine Lanze zu tragen, und wiederum andere von Greisen, die sich kaum selber mehr auf den Beinen halten können. Was nicht dem schönen Geschlecht angehört, ist dienstpflichtig von der Geburt bis zum Tode, und fast ließe sich behaupten, daß der Begriff der allgemeinen Wehrpflicht unter diesen Wilden Südafrikas seine idealste Verwirklichung gefunden hat.

Es gibt im Zululande Landwehrtruppen, die dem System der deutschen Landwehrbezirke nachgebildet sind. Ihnen werden die jungen Regimenter entnommen, in ihnen werden sie zu Soldaten geschult, aus ihnen werden sie ergänzt, bis aus dem jungen Kerne ein Regiment kriegerischer Männer sich entwickelt hat.

\* Kriess, 13. Febr. Der heute aus Konstantinopel eingetroffene Lloydpostdampfer Achille erhielt nicht die Erlaubniß zu landen und frei zu verkehren, nur die Post wurde verabsolgt; an Bord des Schiffes wurden zwei Sanitätswächter zurückerlassen.

\* Madrid, 12. Febr. Der König hat heute den neuernannten französischen Botschafter General Jaurès empfangen, welcher sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

\* Paris, 12. Febr. Der Soir veröffentlicht den vollständigen Text des zwischen der Pforte und dem Marquis v. Locqueville abgeschlossenen Vertrages bezüglich des Finanzprojectes.

\* Versailles, 13. Febr. Der Senat wählte an Stelle des zum Justizminister ernannten bisherigen Vicepräsidenten, Le Doyer, Salmon zum Vicepräsidenten. Die für die Vorberatung der Amnestievorlage von den Abtheilungen der Kammer gewählte Commission besteht aus acht Mitgliedern, welche der Vorlage der Regierung zugeneigt sind, und aus drei Mitgliedern, welche volle und unbeschränkte Amnestie wollen. Die Donapartisten stimmten in den Abtheilungen offen mit den Radikalen für unbeschränkte Amnestie.

\* London, 13. Febr. Die Times glaubt, daß die Regierung dem Parlament heute befriedigende Erklärungen über die politische Lage im Orient sowie über den Krieg gegen Afghanistan abgeben werde. — Der Präsident der hiesigen medizinischen Facultät hat eine Sitzung zur Verabredung der gegen die Pest zu ergreifenden Maßregeln anberaumt.

\* Petersburg, 13. Febr. Telegramm des Grafen Loris-Melikow an den Minister des Innern aus Jarzinsk vom 11. Febr.: „Laut Meldung des Gouverneurs von Astrachan sind gestern und heute keine Erkrankungen vorgekommen. Das kranke Mädchen in Seltrenn ist gestorben. Sonstige Epidemietranke sind nicht vorhanden; ungeachtet dessen werden die Vorsichtsmaßregeln energisch fortgesetzt.“

\* Wien, 13. Febr. abends. Die Politische Correspondenz meldet aus Bukarest von heute, von einem achten Charakter des Arabertruppenführers, dem Kammerherrn v. Arababadi, daß die Befestigung von Arababia beleibend sei für die russische Armee, mit dem Bemerkenswerthen, daß Arababia bei dem Einzuge der rumänischen Truppen von den russischen Truppen gar nicht besetzt gewesen sei. Rußland habe in den letzten Tagen die Initiative zu einem Ausgleiche ergriffen, indem es Rumänien vorgeschlagen habe, die Truppen zwei Kilometer von Silistria zurückzuziehen, bis die berliner Signatarmächte entschieden hätten.

\* Konstantinopel, 13. Febr. Keouf-Pascha und Selami-Pascha haben sich nach Rumelien begeben, um die notwendigen Verfügungen wegen der Reinstellung der türkischen Administration nach dem Abzuge der Russen zu treffen. — Dem Vernehmen nach hätte Midhat-Pascha vom Sultan einen Trabe er-

halten, wodurch derselbe für die Dauer von fünf Jahren als Gouverneur von Syrien befristet wird.

## Vom Deutschen Reichstage.

\* Berlin, 13. Febr. Die heutige Sitzung des Reichstages eröffnete Präsident Dr. v. Jordanbeck mit geschäftlichen Mittheilungen.

Es ist ein Gesetzentwurf eingegangen betreffend die Strafgewalt des Reichstages über seine Mitglieder. Auf der Tagesordnung steht nur die Wahl der Präsidenten und der Schriftführer.

Beim ersten Wahlgange (Wahl des ersten Präsidenten) werden 232 Zettel abgegeben, von denen 161 auf den bisherigen Präsidenten Dr. v. Jordanbeck, 67 auf den Abg. v. Seydewitz fallen und 14 unbeschrieben sind.

Abg. v. Jordanbeck ist also gewählt und nimmt die Wahl mit folgenden Worten an:

Meine Herren! Indem ich Ihnen für das mir in der Wahl bewiesene Vertrauen meinen Dank sage, nehme ich das mir übertragene Amt des ersten Präsidenten des Reichstages an. Ich gebe das Versprechen, unsere Geschäftsordnung gerecht und unparteiisch zu handhaben. Wenn sich aber schon jetzt herausgestellt hat, daß dem Reichstage in seiner neuen Session nicht leichte Aufgaben gestellt sind, so richte ich an Sie die Bitte, mich in der Leitung der Geschäfte auf allen Seiten des Hauses kräftig und lebendig zu unterstützen. (Beifall.)

Bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten werden im ersten Wahlgange 246 Stimmen abgegeben; es erhalten Abg. Frhr. Schenk v. Stauffenberg 90, Abg. v. Seydewitz 80 Stimmen, Abg. Frhr. zu Frankenstein 74, ein Zettel ist unbeschrieben.

Da somit keiner der Genannten die absolute Mehrheit erhalten hat, erfolgt eine engere Wahl, die sich nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung auf diejenigen fünf Mitglieder erstreckt, welche die relativ meisten Stimmen erhalten haben. (Der Kommissar also nur drei Candidaten in Frage.) Der neue Wahlgang führt zu folgendem Resultat. Es erhalten Stimmen: Abg. Frhr. v. Stauffenberg 90, Abg. v. Seydewitz 76, Abg. Frhr. zu Frankenstein 76 Stimmen. Bei der engeren Wahl zwischen den beiden ersteren erhalten Abg. Frhr. v. Stauffenberg 88, Abg. v. Seydewitz 80 Stimmen; 62 Zettel sind unbeschrieben.

Abg. Frhr. Schenk v. Stauffenberg ist demnach gewählt und erklärt sich zur Annahme der Wahl bereit.

Ein Vertagungsantrag des Centrum wird abgelehnt. Abg. Windthorst bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses und beantragt Auszählung. Diesem Antrage, dem nur dann nachgegeben werden kann, wenn auch das Bureau die Beschlußfähigkeit für zweifelhaft hält, gibt Präsident Dr. v. Jordanbeck keine Folge, da das Bureau sich nach der eben durch die Wahl constatirten Beschlußfähigkeit nicht von der augenblicklichen angeblichen Beschlußfähigkeit zu überzeugen vermag. Das Centrum stimmt infolge dieser

Auf diese Weise wurde ein Heer geschaffen, dessen Stärke durch den englischen Obercommandanten Lord Chelmsford auf 40—50000 Mann geschätzt wird. Es ist in 12 Corps getheilt, deren Stärke verschieden ist, sowohl an Zahl als an Tüchtigkeit der Mannschaften. Sie zählen zusammen 33 Regimenter, von denen 18 aus verheiratheten, 15 aus ledigen Leuten bestehen. Da jedoch von erstern 7 Regimenter durchwegs Krieger von über 60 Jahren in sich schließen, so darf man wol sagen, daß diese 7 Regimenter — wenn sich vergleichen von Kaffern überhaupt sagen ließe — bloß auf dem Papier stehen, d. h. nicht zum effectiven Stande des streitbaren Heeres gerechnet werden können. Bleiben demnach bloß 26 Regimenter, die auf 40000 Mann veranschlagt werden. Von diesen befinden sich 22500 Mann im Alter von 20—30 Jahren, 10000 Mann sind zwischen 30 und 40, die andern aber viel älter.

Verschieden wie die Heereseinrichtung und Kampfweise der Zulust von denen europäischer Heere ist, so verschieden von diesen ist auch ihre Uniformirung. Daß dem heißen Klima und den landesüblichen Anschauungen über das Schicksale in der Bekleidung ist das Kriegsministerium im Zululande der kostspieligen Aufgabe überhoben, die Truppen mit Schuhwerk, Bekleidern und Waffentücken zu versehen. Von Fickelhäuten oder Bürenmäulgen ist mit einmal gar nicht die Rede. Dennoch ist der Schmuck des Hauptes bei ihnen von großer Bedeutung, da vornehmlich durch diesen die Offiziere von den Truppen und die Elterregimenter von den gewöhnlichen unterschieden werden. Solcher Elterregimenter gibt es nämlich fünf, und um ihr Aus-

sehen auf dem Paradeplatze anschaulich zu machen, mag hier der Hauptschmuck des Zululand- oder königlichen Leibregiments geschildert werden. Um die Stirn trägt jeder Mann einen Streifen aus Otterfell mit zwei großen Federn des Salabuli oder Kafferfinken an jeder Seite des Hauptes, den Hinterkopf ziert ein Bündel gespaltener Straußfedern, den Scheitel eine lange Feder des braunen Kranichs, während Lappen vom Felle des grünen Affen über die Ohren und weiße Kuhschwänze über den Nacken und die Brust herabhängen. Zudem erfreuen sich diese Elterregimenter einer besonders werthvollen Bekleidung des Unterleibes, nämlich eines um die Hüfte befestigten kurzen, aus Affen- und Zibethlappenzellen angefertigten Schurzes, der bis zur Hälfte des Oberschenkels hinabreicht. Verschieden wie der Kopfschmuck und die Schilde, deren Färbung — weiß, schwarz, schwarz mit rothen oder weißen Flecken — als Abzeichen der verschiedenen Regimenter gilt. Am deutlichsten scheiden sich die verheiratheten von der unverheiratheten Regimenter. Bekanntlich darf kein Unterthan Cetewayo's ohne seine Erlaubniß in die heilige Ehe treten, und wenn er dies einem der Regimenter gestattet (es geschieht nie, bevor die Mannschaft das Alter von 40 Jahren erreicht hat), dann hat jeder Mann derselben sich eine Tonsur zu scheeren, ungefähr in derselben Weise, nur größer, wie katholische Geistliche. Von diesem Augenblick an tragen sie weiße Schilde zum Unterschieben von den schwarzen und gefleckten der unverheiratheten Regimenter, deren Mannschaften ihr Haupthaar frei wachsen lassen. Bis zum Namereuen der Regimenter haben sich die Zulust noch nicht hinaufgeschwungen; als unter-

doppelten Abweisung an der nun folgenden Wahl des zweiten Vicepräsidenten nicht theil und führt so die Beschlußfähigkeit des Reichstages herbei, da nur 150 Stimmen abgegeben werden. Die abgegebenen Stimmzettel werden cassirt.

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Wahl des zweiten Vicepräsidenten und der Schriftführer; erste Lesung der Gebührenordnung für Rechtsanwälte; Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn.

Vom preussischen Landtage.

\* Berlin, 13. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ergreift zunächst das Wort Handelsminister Maybach:

Die Presse hat wiederholt an mich die Aufforderung gerichtet, mit einem Programm hervortreten, in einer Denkschrift darzulegen, wie ich das Eisenbahnwesen in Zukunft gestaltet wissen wolle. In dem was sind Programme? Wollen Sie ein Programm mit meinem Namen verbinden, so kann das allerdings insofern geschehen, als ich, solange ich in der Verwaltung bin, und das ist jetzt ein Vierteljahrhundert, niemals den Gedanken verliert habe, daß das Staatsbahnsystem für einen Staat wie Preußen das Richtige sei. (Pravo rechts.) In dem was sind Programme? Wollen Sie ein Programm mit meinem Namen verbinden, so kann das allerdings insofern geschehen, als ich, solange ich in der Verwaltung bin, und das ist jetzt ein Vierteljahrhundert, niemals den Gedanken verliert habe, daß das Staatsbahnsystem für einen Staat wie Preußen das Richtige sei. (Pravo rechts.)

Ich einrichten. Die Staatsregierung hat auszusprechen wollen und ich wiederhole es als einen Beschluß des gesammten Staatsministeriums, daß sie die Durchführung des Staatseisenbahnsystems sich in dem Umfang der Vorlage von 1876 zur Aufgabe stellt, d. h. in Bezug auf die Hauptlinien des ganzen Eisenbahnnetzes. Ich stimme dem Ausspruch des Hrn. Abg. Dr. Rasse: „Wir haben nicht mehr freie Hand“, vollständig bei. Wir sind in der That mitten im Staatseisenbahnsystem, freilich nicht in einem vollkommenen, sondern in einem verwickelten. (Hier erwähnt der Minister verschiedene Specialitäten, die von mehr localer Bedeutung sind. Dann fährt er fort.) Die Verbindung der westlichen und östlichen Landestheile empfiehlt sich aus technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen. Das wird mir jeder Eisenbahnkundige bestätigen können. Was den Erwerb der Bahnen angeht, so ist dabei der leitende Gedanke der, daß wir dem schwankenden Creditssystem der Privatgesellschaften den sichern Staatscredit zu einem billigen Preise substituieren in Form einer Rente. Das würde nicht nur für die Staatskasse kein Nachtheil sein, sondern dieselbe würde bei vollster Rücknahme auf die Interessen der Actionäre im Stande sein, dem Staate directen Nutzen zu bringen durch wirtschaftliche Ersparnisse. Ein Blick auf die preussische Eisenbahnart lehrt, daß der Ausbau des Eisenbahnnetzes leider nicht den Gang genommen hat, den wir im Interesse des Vaterlandes hätten wünschen müssen, daß viele Linien gebaut sind, deren Anlage besser unterblieben wäre. Diese Doppellinien sind der Grund, weshalb unsere Privatbahnen heute doppelt unter dem Druck der Zeit leiden, und wir haben allen Grund, diesem System ein Ende zu machen, das mit zwei Pferden fährt, wo ein ausreicht, und in dem auch die bekannten Tariflagen mit begründet sind.

Sie werden nun fragen, wie kann man sich aber eine so große Staatsbahnenorganisation denken? Wir sinnen auf eine Decentralisation der großen Bahnverwaltung in der Weise, daß wir eine Behörde schaffen wollen, die mit den Bedürfnissen des Landes und den Anforderungen der Praxis in stetem, engstem Contact bleibt und nicht vom grünen Tische aus regiert. Es ist die Absicht der Regierung, einen Wirtschaftsrath einzusetzen, in welchem alle die Factoren zur Geltung und zum Gehör kommen sollen, die bei der Entwicklung des Eisenbahn- und Verkehrswezens in hervorragender Weise interessirt sind. Es wäre zu wünschen, daß wir zu einem Wirtschaftsrathe gelangen, in dem auch dieses hohe Haus vertreten ist; das würde dem Minister seine Verantwortlichkeit erleichtern und ihn bewahren vor einseitigen Tendenzen.

Wenn die Resolution der Budgetcommission den ferneren Anlauf von Volkbahnen ablehnt, so hat das für den Handelsminister eigentlich etwas Angenehmes, denn es verleiht ihm das für die nächste Zeit eine gewisse Ruhe statt der jetzigen Ueberarbeitung; aber, meine Herren, Stillstand, Ruhe auf diesem Gebiete bedeutet Rückgang, und deshalb darf ich mir eine solche Ruhe nicht gefallen lassen. Die preussische Regierung hat die Initiative ergriffen für ein Reich-Eisenbahngesetz, einen Reich-Eisenbahnrat und einen Reich-Eisenbahngerichtshof, der entscheiden soll zwischen Staats- und Privatbahnen. Ich darf Ihnen sagen — das ist wol kein verletztes Geheimnis — daß die Vorarbeiten nicht mehr im Schreibstube liegen, sondern mit einem Antrage Preussens an den Bundesrath gelangen werden, eine Commission zur weiteren Verabreichung einzusetzen. Ich darf annehmen, daß die Vorlage die Zustimmung der verbliebenen Regierungen finden wird, und daß hoffen, daß aus diesen Beratungen ein positives Resultat sich ergeben wird; sicher aber hoffe ich, daß der von Preußen beschrittene Weg wesentlich förderlich sein wird für die Entwicklung des Eisenbahnwesens im Reiche, wie ich denn überhaupt stets eine Hauptaufgabe für mich darin gesehen habe, dem Reiche seine verfassungsmäßigen Eisenbahnrechte voll und ganz übertragen zu helfen. Die preussische Staatsregierung wird sich mit ihrem Eisenbahnwerke, wie groß es auch sei, nie der Reichsaufsicht zu entziehen suchen. (Pravo!)

Es sind Bedenken verschiedener Art ausgesprochen worden, weniger vielleicht gegen das Staatseisenbahnsystem, als gegen seine augenblickliche Opportunität. Es ist gesagt, die augenblickliche Finanzlage verbiete alle weiteren Engagements. Ich bin dieser Meinung nicht. Wenn irgendetwas wirtschaftlich nöthig ist, so ist es eine Reform des Trans-

portwesens zur Erhaltung der Concurrenzfähigkeit unserer Industrie, und dazu kann eine Erweiterung des Staatseisenbahnsystems von außerordentlichem Nutzen sein. Auch auf die bisherige Unrentabilität der Staatsbahnen darf man sich nicht berufen. In Bezug auf den Vertrag der Eisenbahnen von 1872-77 ist nach Abzug der Verzinsung der Anleihen und der Tilgungen, welche 102 Mill. in Anspruch nahmen, und nach Abzug einer Meliorationssumme von 96 Mill. immer noch für die Staatskasse ein Ueberschuß von 140 Mill. M. geblieben. Ich behaupte demnach, daß durch die Staatsbahnen der Steuerfiskus nicht belastet ist. Die Budgetcommission hat dies alles und die Amortisationsgelder nicht in Rechnung gezogen, so wenig wie die Kriegescontribution, die uns die Tapferkeit unserer Armee eingebracht hat. Diese Anlage der Contribution ist doch keine schlechte, wenn wir Linien herstellen, welche das Land melioriren und seine Steuerkraft und Vertheidigungsfähigkeit heben. Der Etat 1879/80 erweitert das Staatseisenbahnsystem wieder bedeutend und die Mehrzahl der neuen Linien stellt eine Rente erst in ferner Zeit in Aussicht. Auch in Zukunft wird die Staatsregierung sich vor minder rentablen Bahnprojecten nicht scheuen, sofern dieselben dem Interesse einer nothleidenden Provinz zu helfen vermögen. Wir haben die Staatsbahnen nicht gebaut, um ein Geschäft zu machen, sondern um das Land zu melioriren und die Steuerkraft zu heben; und wenn Sie berechnen, was wir jetzt an Grund-, Gewerbe- und Gebäudesteuer durch die Staatsbahnen mehr bekommen, so wird sich der Staatszuschuß leicht compensiren lassen durch diesen Mehrertrag. Ließen wir allein den finanziellen Punkt maßgebend sein, so wären wir längst theoretisch bankrott.

Nun noch einige Worte über das sogenannte gemischte System! Das gemischte System ist kein System, es ist nur eine Mischung der Systeme. Staatsbahnen und Privatbahnen nebeneinander sind auf die Dauer eine Unmöglichkeit. Wir haben in den letzten Jahren verschiedene Tarifvereinfachungen gehabt, aber daß wir damit nicht weiter gekommen sind, das lag in der Rücksichtnahme auf die Privatbahnen. In Sachsen, Württemberg und Oldenburg hat man mit dem gemischten System über Erfahrungen gemacht. Wir haben das Bedürfnis, eine Menge von Secundärbahnen zu bauen, aber wir können es nicht ohne gleichzeitige Consolidation des Staatseisenbahnsystems. In Bezug auf die von der Budgetcommission beantragten Resolutionen bitte ich Sie, sich in einem Sinne auszusprechen, der die Regierung ermächtigt, auf dem von uns gemeinsam betretenen Wege weiter zu gehen. Es wäre eine Calamität, jetzt von diesem Wege abzugeben. Es ist schon ein Uebelstand, daß die preussische Eisenbahnpolitik öfters geschwankt hat. Wir dürfen diese Schwankungen nicht fortsetzen. Will die Majorität, die das Gesetz vom 7. Juni 1876 votirt hat, von dieser Bahn abweichen, — die Regierung macht diese Wandlung nicht mit. Ich weiß, daß ich mit allen meinen Kräften das Gute erstrebt habe, und würde, wenn die Majorität es ablehnt zu folgen, mich trösten mit den Worten: In magnis voluisse est!

Abg. Dr. Lasler:

Er halte es für das erste Erforderniß, daß zwischen dem Hause und der Regierung eine volle Verständigung darüber herbeigeführt werde, daß die Eisenbahnpolitik nach einem festen und bestimmten Plane weiter geführt werde. Nichts habe das Land so sehr geschädigt wie die planlose Selbsteigentheiligkeit des Ministers Hensel. Er selbst stimme dem Minister darin vollkommen bei, daß es sehr wenig darauf ankomme, ob die im Eisenbahnwesen angelegten Kapitalien sich zu 4 oder zu 4 1/2 Proc. verzinsen. Die materielle Ordnung des Landes lasse sich nicht so jähermäßig in Rechnung stellen; daß die wirkliche Rentabilität der Eisenbahnen mit absoluter Sicherheit daraus hervorgehe. Die Hauptbedingung, die man an eine Eisenbahnpolitik stellen müsse, sei die, daß der Staat sich in die einseitige Aufgabe auf dem Gebiete des Verkehrswezens nicht so vertiefe, daß dadurch die finanziellen Zustände völlig in Verwirrung geraten und andere Interessen geschädigt werden. Nach den Erklärungen, die der Minister soeben abgegeben und durch die er bestätigt habe, daß er im wesentlichen die Politik seines Amtsvorgängers weiter führen werde, könne er persönlich anerkennen, daß diese Richtung ohne Zweifel die zur Zeit für den preussischen Staat zuträglichste sei. Bevor

scheidende Bezeichnungen dienen ihnen Namen von Bergen, Flüssen, Säugethieren, Vögeln und Reptilien. Einzelne Regimenter besitzen außerdem noch besondere ehrende Titel, wie z. B. die Landesberühmter, die Verdienstlichen, die Vorstigen, die Ausbrausenden, die Zugespitzten, die Unbändigen zc.

Ueber die Art ihrer Mobilisirung im Falle eines Krieges so wie über ihre Marsch- und Kampfordnung ist schon früher berichtet worden. Allerdings melden die neuesten Nachrichten, daß es ihnen gelungen ist, durch ihre unverhältnißmäßige Ueberzahl einer englischen Truppenabtheilung eine Niederlage beizubringen; wofür sie jedoch ihrer alten Kampfweise treu bleiben und mit derselben eine offene Feldschlacht gegen die Engländer wagen sollten, so würde das Schicksal des Krieges aller Wahrscheinlichkeit nach bald zu Gunsten der letzteren entschieden sein.

Das Datum für die englische Niederlage wird von den meisten Telegrammen auf den 21., von einigen auf den 22. Jan. verlegt. Die Engländer scheinen nach Ausbruch der Feindseligkeiten auf der ganzen Linie mit großer Siegesgewißheit vorgegangen zu sein trotz der starken Regenfälle, die in Natal und Zululand das Marschiren erschwert. Von einem Theile der Glyn'schen Colonne wird sogar die fast unglaubliche Leistung berichtet, daß sie, um Ustirajo's Kraal anzugreifen, in 27 1/2 Stunden nicht weniger als 73 1/2 Kilometer zurückgelegt habe. Die längs der Seeleiste vorgehende Colonne des Obersten Pearson erreichte binnen wenigen Tagen den Fluß Intoni und soll sich bei Ethowe (einem auch auf kleinen Karten bezeichneten Orte) einer 20000 Mann starken Zulu-

armee gegenüberbefunden haben, die jedoch später zurückging. Von des Obersten Durnford Colonne, der nächsten landeinwärts, liegen keinerlei Nachrichten vor. Am thätigsten ist jedenfalls die nachfolgende Glyn'sche Colonne gewesen, bei der sich das Hauptquartier befand. Der Oberbefehlshaber General Chelmsford überschritt am 11. Jan. in Begleitung des Obersten Glyn den Buffalofluß und begab sich dann nach Intonong Hill zu der vierten Colonne, derjenigen des Obersten Wood. Dort trieb am 12. und 13. Jan. eine Reconnoissancepatrouille unter Hauptmann Barton einige tausend Stüd Vieh weg, was als ein glänzender Anfang angesehen wurde. Inzwischen hatte Oberst Glyn seine Vorposten bis zum Spiegebügel und Ustirajo's Kraal vorgeschoben, während er selbst mit der Hauptmacht vom Lager — das einige Kilometer von Koorle's Drift entfernt gewesen zu sein scheint — langsam nachrückte. Etwa 16 Kilometer von Koorle's Drift oder nach andern Angaben 19 Kilometer vom Lager entfernt, scheinen die Engländer mit ihrer großen Proviantcolonne in einen Winterhalt gerathen zu sein, während das nur noch schwach besetzte Lager gleichzeitig von einem andern Zuluhäufen angegriffen wurde.

Der Kampf scheint einen großen Theil des Tages ausgefüllt zu haben, denn die Engländer waren früh morgens ausmarschirt und es war Abend, als die Ueberlebenden fliehend (oder sich zurückziehend, was aus den vorliegenden Nachrichten nicht zu ersehen ist) das Ufer des nahen Tugelassusses erreichten. Noch in der Nacht wurde das Lager und am folgenden Morgen Koorle's Drift wieder besetzt. Die englischen

Offiziere scheinen größtentheils gefallen zu sein; von Verwundeten ist überhaupt in keinem Telegramm die Rede; wahrscheinlich wurden sie von den Kaffern getödtet. Die Zahl der getödteten Offiziere wird verschiednen angegeben, bald auf 50, 40 oder auch nur 30. Eine uns vorliegende Namenliste zählt 1 Obersten (Glyn), 1 Oberstlieutenant (Degader), 4 Majors, 21 Hauptleute, 36 Lieutenants und 5 Quartiermeister auf. Das würde also insgesammt die Zahl von 63 gefallenen Offizieren ergeben. An englischen Soldaten scheinen 500, an Colonialmannschaften (von europäischer Abstammung) 70 geblieben zu sein. Von den eingeborenen Hülfsmannschaften (nach der einen Angabe 600, nach einer andern 2000 Mann zählend) die bei dem Treffen zugegen waren, ist in keinem der uns vorliegenden Telegramme die Rede. Es ist möglich, daß sie bei Beginn des Kampfes ausgerissen sind, es ist aber auch möglich, daß ihr Verlust als gar nicht in Betracht kommend neben dem englischen, so es absichtlich oder unabsichtlich, verschwiegen wurde. So viel geht aus der Verlustliste, die Offiziere von allen Theilen der Glyn'schen Colonne umfasst, mit Deutlichkeit hervor, daß der Unfall die Hauptmacht und nicht bloß einen Theil der Colonne betroffen hat.

Noch wäre zu erwähnen, daß der Ort, wo die Schlacht stattfand, Infandusana oder auch Angustana genannt wird. Nach der Niederlage entsandte General Chelmsford an alle Colonnen den Befehl zum Rückzuge, trotzdem Oberst Pearson einen Angriff der Zululaffern erfolgreich zurückgewiesen haben soll. Gleichzeitig erbat er von Mauritius her Verstärkungen und verwandte sich nach England um die Zusendung von

jedoch das S...  
nung auspr...  
für zu gewin...  
nicht geschä...  
vom Minister...

Abg. R...  
Da wir...  
erhalten hab...  
ersten Summ...  
Eisenbahnetz...  
den Eisenba...  
den einmal...  
Jahre, wog...  
Eisenbahnpol...  
mission...  
fassung nur...  
gen, die seit...  
Ankaufes der...  
Halberstädter...  
Bahnen statt...  
Diese Unbed...  
Verbesserung...  
Beamten mit...  
schaft und B...  
in dem B...  
widerpiegelt...  
meter Privat...  
schuld um zu...  
hätte, die le...  
doch von tie...  
auch auf and...  
oder Pläne z...  
den genannt...  
gehen oder in...  
durchbringend...  
eine Resoluti...  
für diese...  
etwaige Folg...

Der Herr...  
Staatsbahnsy...  
entsprechende...  
Ein System a...  
das ergibt s...  
wicklung. Je...  
langt, so ist...  
setzung ermö...  
ihrer Thätigk...  
mit dem Conc...  
die gegenwärt...  
gemischten S...  
haben schon j...  
Eisenbahnproj...  
schwer zu lei...  
Minister also...  
ten Vortheil...  
systems ausbl...  
durch die Acq...  
Staatsschuld...  
beutet, welche...  
ten, bitte ich...  
papiere mit d...  
würden.

Der Herr...  
eisenbahndi...  
war sie unse...  
plicity ist bef...  
weil es das C...  
Minister erklä...  
an neue Volk...  
und wenn Pr...  
Actionäre den...  
tabel sind, d...  
Wenn der Herr...  
trauisch seien...  
wohlberechtigt...  
(Heiterkeit.)...  
tion, dabei se...  
schablonisirt w...  
spricht von den...

sechs Regimen...  
valerie, einer...  
Truppenmach...  
der drohenden...  
halb so große...  
gabe von Art...  
heutigen Tele...  
rücklich diese...  
stärke dadurch...  
zu senden, g...  
sie wol etwa...  
nen. Ueberdie...  
Dampfer (Pr...  
Plymouth in...  
legt. Dabei...  
8 Stunden...  
den 41 Minut...  
Dampf blo...  
entfallen. An...  
die Beforgung...  
Eingeborenen...  
verneuert des...  
sich eben auf...  
Ein weiter...  
geschick vorge...  
and Platte an...  
die sie erbeut...  
Artilleristen v...  
einiger Schritt...  
370 Leichen...  
geborenen. D...  
ist vernichtet

jedoch das Haus dem Handelsminister seine volle Zustimmung aussprechen, sei es notwendig, gewisse Garantien dafür zu gewinnen, daß die Finanzverwaltung des Staates nicht geschädigt und die Eisenbahnpolitik dauernd in der vom Minister geübten dargelegten Richtung erhalten werde.

**Abg. Richter-Dagen:**

Da wir einen Generalbericht über unsere Finanzlage erstattet haben, ist es doch natürlich, daß auch eine der ersten Summen unseres Etats, nämlich 16 1/2 Mill. M. des Eisenbahnetats, uns zur Betrachtung der Bahnen und zu den Eisenbahnterminierungen geführt hat. Der Gedanke, daß wir einmal Ruhe haben wollten, wenigstens auf ein paar Jahre, wegen der Zweifel über die Unbestimmtheit der Eisenbahnpolitik, hat den Herrn Berichtsfatter der Budgetcommission veranlaßt, die Resolution zu stellen, deren Fassung nur zufällig von mir herrührt. Die Verhandlungen, die seit dem Amtsantritt des Herrn Ministers wegen Ankaufes der Köln-Binderer, Berlin-Stettiner, Magdeburg-Galbe-Berliner, Berlin-Potsdam-Magdeburger und anderer Bahnen stattgefunden, sind uns Anlaß zu unsern Resolutionen. Diese Unbestimmtheit bewirkt, daß auf den Bahnen jede Verbesserung, jeder nötige Ankauf unterbleibt, daß alle Beamten mit Unlust arbeiten, daß alle Verhältnisse in Wirtschaft und Verkehr erschüttert werden. Das zeigt sich auch in dem Eisenbahnverkehr, welcher das wirtschaftliche Leben widerspiegelt. Es ist ja klar, die Erwerbung von 2000 Kilometer Privatbahnen, welche eine Vermehrung der Staatsbahn um zwei Drittel des jetzigen Betrages zur Folge hätte, die Uebernahme von 7000 Beamten — das alles ist doch von tiefgehendem Einfluß. Diese Nachteile wirken auch auf andere Bahnen, welche keine bestimmten Entschlüsse oder Pläne zu fassen vermögen, bevor sie wissen, was mit den genannten Bahnen geschieht, ob sie in Staatsbesitz übergehen oder in Privatbesitz bleiben, diese alle Verhältnisse durchdringende Unsicherheit macht es uns zur Pflicht, durch eine Resolution auszusprechen, daß wir die Verantwortlichkeit für diese Eisenbahnpolitik der Regierung und deren etwaige Folgen ablehnen.

Der Herr Minister behauptet, daß das ausschließliche Staatsbahnsystem das den besten Traditionen Preußens entsprechende ist. In Wirklichkeit ist aber für Preußen nur ein System angemessen, und das ist das gemischte System, das ergibt sich aus dem Gange unserer historischen Entwicklung. Was die Eisenbahn-Untersuchungskommission anlangt, so ist es ihre Aufgabe, soweit es ihre Zusammenfassung ermöglichte, völlig gelassen. Der Schwerpunkt ihrer Thätigkeit lag darin, zu zeigen, welcher Mißbrauch mit dem Concessionenwesen getrieben wurde. Ich hoffe, daß die gegenwärtige Phase schließlich zu einer Anerkennung des gemischten Systems führen wird. Bayern und Sachsen haben schon jetzt unter ihrem in Folge des drohenden Reicheseisenbahnprojectes übereilig eingeführten Staatsbahnsystem schwer zu leiden, auf diese Staaten kann sich der Herr Minister also nicht berufen; aber auch die von ihm erwarteten Vortheile würden bei Einführung des Staatsbahnsystems ausbleiben. Doch das ist ziemlich sicher, wir würden durch die Acquisition der Privatbahnen zu einer preussischen Staatsbahn von 6 Milliarden gelangen. Was das bedeutet, bitte ich besonders auch die Grundbesitzer zu bedenken, welche sehr bald die kolossale Concurrenz der Staatsbahnpapiere mit den Hypotheken auf dem Geldmarkte empfinden würden.

Der Herr Minister spricht von der unseligen Privateisenbahnindustrie nach dem französischen Kriege. Gewiß war sie unselig, aber die Regierung, das Ministerium überhaupt ist besonders schuld an dem damaligen Schwindel, weil es das Concessionenwesen schlecht handhabte. Der Herr Minister erklärt sich besonders gegen Parallelbahnen; nun an neue Vorkommen denkt ja heute so wie so kein Mensch. Und wenn Privatbahnen nicht rentiren, so tragen nur die Aktionäre den Schaden, wenn aber Staatsbahnen unrentabel sind, dann haben alle Steuerzahler den Nachtheil. Wenn der Herr Minister klage, daß die Privatbahnen miasmatisch seien, so sei das doch sehr erklärlich; es sei das wohlverdiente Mißtrauen des Regenswurms gegen den Hahn. (Heiterkeit.) Der Herr Minister spreche von Decentralisation, dabei sei niemals so viel centralisirt, generalisirt, schablonisirt worden als augenblicklich. Der Herr Minister spricht von dem Hofstaat der Privatbahnen. Nun jetzt haben

wir schon 101 Directoren bei Staatsbahnen, die wiederum sich aber bei dem ausschließlichen Staatsbahnsystem noch außerordentlich vermehren. Aber dieses Centralisiren, wie es jetzt an der Tagesordnung ist, ist echt socialistisch, man bekämpft jede individuelle Entwicklung, doch wird das schließlich auch einem so mächtigen Manne wie dem Herrn Reichskanzler nicht gelingen. Von dem Sachverständigenbeirath halte ich nicht viel, auf andern Gebieten hat man von solchem Beirath nicht viel Segen bemerkt. Diesen Beirath ernannt der Minister selbst; den Vorsitzenden, einen Ministerialrath, sowie den Referenten, ernannt der Minister selbst; er beruft diesen Beirath wann er will. Das ist doch nur eine Scheintörperschaft ohne jeden selbständigen Werth. Wir geben auf diese Behörde gar nichts.

Bis zu einer gewissen Grenze habe auch ich nichts gegen die reichsrechtliche Regelung des Tarifwesens, wie der Abg. Passer sie will, in seiner Weise aber kann ich den Standpunkt des Abg. Raffe als berechtigt anerkennen. Die Gefahr eines Mißbrauchs der politischen Seite des Eisenbahnsystems ist sehr groß, besonders heute, wo wesentliche Verfassungsrechte, wie die Redefreiheit, bedroht sind. In einem solchen Moment dürfen wir nicht daran denken, das Staatsbahnsystem zu billigen und der Regierung ein kolossales Beamtenheer zu Wahlbeeinflussungen zuzuführen. Dazu kommt die nur zu sehr nachweisbare Unrentabilität der Staatsbahnen. Auch das Steuerbewilligungsrecht des Hauses werde durch die Staatsbahnpläne des Ministers in Frage gestellt. Kurz nach allen Seiten hin ist für mich das Project des Hrn. Raffe unannehmbar.

Um 2 Uhr 5 Min. bricht Abg. Richter seine Rede ab in Anbetracht des Umstandes, daß um 2 Uhr eine Sitzung des Reichstages angefangen sei, indem er sich in der nächsten Sitzung des Hauses seine Rede fortzusetzen vorbehält.

**Nächste Sitzung morgen.**

Das Herrenhaus erlebte in rascher Folge ohne Debatte den Entwurf einer Schiedsmannsordnung, den Gesetzentwurf betreffend die Dienstverhältnisse der Gerichtsschreiber und das Ausführungsgegesetz zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetz. Der Gesetzentwurf betreffend die Wassergenossenschaften gab Dr. Beseler Gelegenheit, auf die Mängel der Genossenschaftsorganisation hinzuweisen und bei der Bildung neuer Genossenschaften, die noch dazu unter theilweiser Aenderung des bestehenden Rechtes construirt werden sollten, zur Vorsicht zu rathen. Der landwirtschaftliche Minister Dr. Friedenthal griff wiederholentlich in die Debatte ein. Das Gesetz wird nach den Vorschlägen der Commission genehmigt.

**Deutsches Reich.**

**X Berlin, 13. Febr.** Der Reichskanzler hat im Namen des Präsidiums im Bundesrath beantragt, die Ausarbeitung eines Gesetzes zur Regelung des Gütertarifwesens auf den deutschen Eisenbahnen zu beschließen und zu diesem Behufe einen Ausschuss zu berufen, welcher aus einer vom Bundesrath näher zu bestimmenden Anzahl von Vertretern der Bundesstaaten mit eigener Verwaltung der Staatsbahnen bestehen soll. In der einleitenden Motivirung des Antrages wird zunächst des gegenwärtig in Deutschland bestehenden Systems der Frachtberechnung für Eisenbahngüter gedacht, wodurch die Berliner Conferenz der Eisenbahnverwaltungen vom 12. und 13. Dec. 1874 im Wege der Vereinbarung zwischen den staatlichen und privaten Eisenbahnverwaltungen festgestellt wurde, nachdem der Bundesrath durch den Beschluß vom 14. Dec. 1876 sein Einverständnis mit den allgemeinen Grundzügen des Systems erklärt hatte. Es

wird dann ausgeführt, daß die Regulirung der Frachttarife der Eisenbahnen als öffentlicher Verkehrswege die gleiche Behandlung aller nicht beeinträchtigten oder künstlich beschränkten dürfe. Die Regierung werde sich der Ausübung ihrer Pflicht in dieser Hinsicht nicht länger entziehen dürfen, nachdem bewiesen ist, daß die bisherigen Wege nicht zum Ziele fähren. Die Eisenbahnen seien vom Staate monopolisirt durch die ihnen verliehenen Rechte der Expropriation, durch die Ausübung polizeilicher Functionen etc. Das aber sei nicht geschehen im Interesse des Bahneigentümers, sondern des Gemeinwohles. Der Bahnbetrieb dürfe sicher nicht nach Willkür der Bahnverwaltungen geschehen.

Die National-Zeitung legt bei Besprechung der Thronrede mit Recht ein Hauptgewicht auf die Stellen, welche eine Wendung in der Zollpolitik ankündigen. Von diesen Stellen sagt sie: „Sie bilden den Mittelpunkt des ganzen Actenstückes, durchdrängen dasselbe in allen Theilen, die auf innere Angelegenheiten Bezug haben, mit ihrem Geiste und ihrer Schärfe. Und wenn wir nach dem Eindrucke urtheilen sollen, den sie bei ihrem ersten Bekanntwerden hervorriefen, und der sich in noch deutlicherer Weise später kenntlich machte, so ist für eine ruhige und ersprießliche Erledigung der Geschäfte des Reichstages damit kaum etwas gewonnen worden. Daß es aber darauf vor allem ankommt der wirtschaftlichen Lage gegenüber, darüber wird man im ganzen Reiche wenig Zweifel haben.“

Die „Post“ ist natürlich höchst befriedigt gerade durch die in der Thronrede so rückhaltlos ausgesprochene Beurtheilung der bisherigen deutschen Zollpolitik. Sie erblickt darin eine „That des seltensten Muthes“, den „Schwung eines außerordentlichen Geistes“ etc. Sonderbar nimmt es sich indes aus, daß sie, statt dem spontanen Eindruck dieser „That“ und dieses „Schwunges“ zu vertrauen, mit einer fast fieberhaften Hast und Reizbarkeit sich bemüht, die in der Thronrede sich abspiegelnde Handelspolitik des Reichskanzlers zu vertheidigen und ihre Gegner zu entwerfen.

In einer Mittheilung der Kölnischen Zeitung über die Eröffnung des Reichstages heißt es: „Der Kaiser verneigt sich nach allen Seiten, beschreitet die Stufen des Thrones, bedeckt das Haupt mit dem decorirten Helm und verliest die Thronrede mit lauter, weithin vernehmbarer Stimme. Er trägt den Arm nicht in der Binde und bedient sich der rechten Hand frei beim Umlättern der Seiten.“

Der Weser-Zeitung berichtet man aus Berlin vom 12. Febr.: „Die heutige Thronrede wird allgemein als Symptom einer neuen Auflösung des Reichstages betrachtet, um so mehr, als die unbedingte Beurtheilung der deutschen Zollpolitik seit 1865 selbst in gemäßigten schutzollnerischen Kreisen als zu weit gehend erachtet wird.“

Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 12. Febr.: „Der Reichskanzler macht sich darauf gefaßt, keine Mehrheit für seine Zollpläne zu erlangen, und will dann auflösen, weil er auf die Schutzollströmung rechnet und überhaupt glaubt, daß eine neue Verschiebung nach rechts zu erwarten stehe.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt unterm 13. Febr.: „Der Reichskanzler Fürst Bismarck begab sich vor Eröffnung des Reichstages zu Sr. Maj. dem Kaiser in das königliche Palais.“

sechs Regimentern Infanterie und einer Brigade Cavalerie, einer für englische Verhältnisse sehr starken Truppenmacht. Daß der englische Cabinetrath trotz der drohenden Gefahr nur die Entsendung einer etwa halb so großen Streitmacht (jedoch mit reichlicher Zugabe von Artillerie) genehmigte, wird man aus den heutigen Telegrammen ersehen. Ausgeglichen wird freilich diese Verminderung der erbetenen Truppenstärke dadurch, daß der Auftrag, Truppen zum Cap zu senden, gleichzeitig nach Indien erging, von wo sie wol etwas zeitiger als aus England eintreffen können. Uebrigens hat kürzlich ein besonders schneller Dampfer (Pretoria) die Fahrt von der Capstadt bis Plymouth in 20 Tagen und einer Stunde zurückgelegt. Dabei währte der Aufenthalt auf Sanct-Helena 8 Stunden und der Aufenthalt auf Madeira 7 Stunden 41 Minuten, sodas auf die eigentliche Reise unter Dampf bloß 19 Tage 9 Stunden und 9 Minuten entfallen. Am Cap war bei Abgang der letzten Post die Beforgniß vor einem allgemeinen Aufstande der Eingeborenen schon etwas geschwunden. Der neue Gouverneur des Transvaalandes, Oberst Lynton, hatte sich eben auf seinen Posten begeben.

Ein weiterer Bericht meldet, daß die Kaffern sehr geschickt vorgegangen seien und gleichzeitig in Front und Flanke angegriffen hätten. Die zwei Kanonen, die sie erbeuteten, waren jedoch von den englischen Artilleristen vernagelt worden. In der Entfernung einiger Schritte um Rooke's Drift herum fand man 370 Leichen, theils von Engländern, theils von Eingeborenen. Das 24. Regiment, von dem ein Theil jetzt vernichtet worden ist, war eins der ruhmreichsten

in der englischen Armee. Es socht 1702—10 bei Schellenberg, Blenheim, Neerhespen und Malplaquet, ferner von 1760—62 bei Carthagena, Minorca, Cherbourg, Guadeloupe, Lorbach, Denker und Wilhelmthal, 1806 in America, Aegypten und am Cap, später in Spanien und zuletzt bei der großen indischen Empörung. In der Schlacht bei Chillianwallah wurde es durch die aufständischen Sikhs fast ebenso schlimm wie jetzt mitgenommen. Oberst Pearson ist mit seiner ganzen Colonie bis Port-Natal zurückgegangen.“

**Musikalisches aus Leipzig.**

**\*\* Leipzig, 11. Febr.** Das heute stattgefundene achte Euterpeconcert gewährte einen höchst genussreichen Abend, sowohl durch die Wahl als auch durch die Ausführung der Werke. Das Orchester spielte nicht nur meistens technisch correct, sondern auch con anima, nahm sogar in Gade's Concertouvertüre „Michel Angelo“ sowie in Beethoven's B-dur-Symphonie einen höhern Geistesaufschwung, den wir im vorigen Concert leider sehr vermiften. Es kamen zwar auch gelegentlich einige weniger sicher intonirte Töne zum Vorschein und in der Introduction der Symphonie war die Intonation zwischen Saiten- und Holzblasinstrumenten nicht ganz rein; das waren aber bald vorübergehende Momente, die durch das nachfolgende Bessere reichlich ausgeglichen wurden. Die schwankende Intonation war sicherlich eine Folge der schwülen Temperatur, der mindestens ein halb Duzend Violinisten zum Opyer fielen. In der Totalität dürfen wir die Orchesterleistungen als ganz vorzüglich bezeichnen, selbst

im Accompanement, was früher öfters die schwächste Seite war.

Es scheint, als ob in dieser Saison ganz besonders die Berliner Sänginnen sich unter das Protectorat der Muse Euterpe begeben haben. Abermals erschien eine Dame aus Berlin, Fr. Aug. Hohenfeld, um uns durch des Gesanges Zauber zu beglücken. Sie trug „Penelope's Trauer“ aus Bruch's „Odysseus“ und Lieder von Brahms („Die Kränze“), Schumann („Votoblum“) und Schubert („Kastische Liebe“) mit wohlklingender Stimme und ästhetischer Auffassung vor, sodas sie durch reichlichen Beifall zur Wiederholung des letztern veranlaßt wurde. Ihrer schönen Mezzosopranstimme wäre nur im tiefen Brustregister noch etwas mehr Kraft und Tonfälle zu wünschen.

Der andere Solist des Abends war der Concertmeister der Euterpe, Hr. Raab, welcher eins der herrlichen Spohr'schen Violinconcerte (Nr. 9, D-moll) recht seelenvoll vortrug; namentlich kam die mächtig ergreifende Tenpoese des Adagio zu wundervoller Wirkung. Später reproducirte er noch „Loure“ und „Gavotte“ von Bach und eine Cavatine von Raff. Auch hier mochte wol die große Hitze bewirken, daß die Bach'schen Doppelgriffe weniger gut zur Erscheinung kamen. Desto besser gelang ihm aber die Cavatine. In seelenvoller Wiebergabe des Tongehaltes verdient Hr. Raab höchst ehrenvolle Anerkennung, die ihm auch durch reichen Applaus zu theil wurde.

**\*\* Leipzig, 14. Febr.** Im gestrigen 17. Gewandhausconcert besuchte uns wieder einmal Hr. Sauret,

Der Reichstagsabgeordnete Baumgarten ist der national-liberalen Fraction beigetreten!

Der Leipziger Zeitung schreibt man aus Norddeutschland vom 10. Febr.:

Bei dem Aufsehen, welches das Wiederauftreten des künftigen Reichskanzleramtspräsidenten Delbrück in der politischen Arena macht... bei dem Aufsehen, welches das Wiederauftreten des künftigen Reichskanzleramtspräsidenten Delbrück in der politischen Arena macht...

Die Leipziger Zeitung findet doch eine Art Verwahrung angezeigt, indem sie der Erzählung ihres norddeutschen Correspondenten hinzufügt: „Relata referimus.“

Dem londoner Blatt Standard wird aus Berlin telegraphirt: „Dr. Falk, welcher bislang noch nicht persönlich mit dem Vatican in Unterhandlungen getreten war, steht jetzt in directer Verbindung mit dem Cardinal Rina.“

Das Militär-Wochenblatt schreibt: „Nach dem allerhöchsten Patent vom 18. Juni 1844 soll von fünf Jahren ein Preis von 1000 Thirn. Gold und eine goldene Denkmünze auf den Vertrag von Verdun für das beste Werk über deutsche Geschichte zuerkannt werden.“

einer der gefeiertsten Virtuosen der jüngern Generation. Derselbe eröffnete nach der vom Orchester mit gewohntem Schwunge gespielten „Corymben“-Ouverture von Weber den Reigen der Solovorträge mit Bruch's Violinconcert Nr. 1 in G-moll. Er behandelte daselbe im Geiste eines echten Virtuosen und ließ die Bügel seiner übermüthigen Laune frei schießen...

Zwischen den ersten und den soeben erwähnten Violinstücken sang Frau Schimon-Regan, eine ebenfalls in den Gewandhausconcerten stets freudig begrüßte künstlerische Erscheinung, die Arie „So il padre perdei“ aus „Domeneo“ von Mozart; dieser ließ sie im zweiten Theile des Concerts noch eine Anzahl von Liedern folgen, die uns viel von Frühlingsluft und Weichendunst sagten...

anlassung des Unterrichtsministeriums ist aus Mitgliedern der königlichen Academie der Wissenschaften und aus Universitätsprofessoren eine Commission zusammengetreten, welche Sr. Maj. dem Kaiser und König als das beste in den Jahren 1873 bis Ende 1878 erschienene Werk über deutsche Geschichte die „Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71“ bezeichnet hat...

Der Vorstand des Vereins gegen die Verfälschung von Lebensmitteln zu Hamburg hat den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen, wie solcher dem Reichstage vorgelegt werden soll, einer eingehenden Prüfung unterzogen...

Preußen. Eine Aeußerung des Professors v. Treitschke gegen die Juden wurde jüngst vielfach besprochen. Das Berliner Tageblatt theilt nunmehr auf Grund sorgfältigster Informationen den wirklichen Thatbestand wie folgt mit: Der bekannte Professor und Publicist sprach am 3. Febr. über die Entwicklung der deutschen Verhältnisse zur Zeit des Regierungsantritts Friedrich Wilhelm's IV., wie dieser in seinen deutschen Bestrebungen vielfach verkannte Fürst nicht müde wurde, die Dinge am frankfurter Bundestage in raschem Fluß zu bringen...

blitum. Nach diesen Liedern kam noch die das Concert beschließende „Zauberflöte“-Ouverture von Mozart zu Gehör.

Als größeres Instrumentalwerk haben wir endlich noch die den zweiten Theil eröffnende Symphonie Nr. 1 in A-dur, Op. 79, von Karl Reinecke zu nennen. Dieselbe gelangte schon vor einer Reihe von Jahren einmal hier zur Aufführung und fand auch diesmal in Folge ihrer guten musikalischen Factur und ihres frischen Zuges der Erfindung, der namentlich durch die ersten beiden Sätze geht, sehr freundliche Aufnahme bei den Zuhörern.

Betreffs der Katastrophe in den Döllinger Kohlenwerken bei Dögg wird unterm 11. Febr. gemeldet, daß an diesem Tage das Wasser in den Gruben um weitere 12 Meter stieg; 600 Familien der Kohlenwerkerschaft sind betroffen. Die Wiener Abendpost berichtet unterm 11. Febr. über den Verlauf des Unglücks noch Folgendes: „Winnen zehn Minuten waren sämtliche Räume der Döllingergrube im dritten, zweiten und theilweise ersten Horizont im türkischen Ausmaße von 20000 Kubikmeter mit Wasser gefüllt, binnen 40 Minuten auch die benachbarten Werke Nessel und Fortschritt theilweise unter Wasser.“

Nahe herumgeführt.“ Ueber diese, allerdings nicht gegen die Juden als solche, sondern nur gegen eine bestimmte jüdische Familie gerichtete Aeußerung äußerte sich denn auch in der That ein jüdischer Zuhörer verlegt und richtete an v. Treitschke ein Schreiben, worin er um die Bestätigung jener gehörten Worte bat. Dr. v. Treitschke nahm nun Veranlassung, in einer seiner nächsten Vorlesungen auf dem Vortrage zurückzukommen, um zu erklären, daß er mit der fraglichen Aeußerung keinen confessionellen Haß habe erregen wollen, daß er vielmehr sein Urtheil aus der damaligen Zeitstimmung heraus formulirt habe. Er selber zähle nicht wenige Juden zu seinen nähern Bekannten und Freunden, er habe nur gegen die deutsch-jüdischen Einflüsse dieses internationalen Bankhauses seine Entrüstung ausdrücken wollen. Sein Urtheil sei ein rein historisches und er könne persönlich davon nichts zurücknehmen.

Aus Flensburg vom 7. Febr. wird dem Hamburgischen Correspondenten berichtet: „Wie alljährlich seit dem Jahre 1866 geschehen ist, begab sich auch gestern eine Anzahl Schleswig-holsteinischer Kampfgenosser und deutscher Patrioten nach Døversee, um die auf dem dortigen Schlachtfelde und auf dem Kirchhofe befindlichen Grabstätten der daselbst gefallenen österreichischen und dänischen Krieger mit Girtelbändern und Kränzen zu schmücken. Auch mehrere Damen folgten ihren Männern und, da am Tage vorher die Befestigung des Art. 5 des Prager Friedens bekannt geworden, herrschte eine besonders gehobene Stimmung, welche sich in zahlreichen Toasten auf die Kaiser von Deutschland und von Oesterreich sowie auf den Kronprinzen des Deutschen Reiches x. kundthat. An die beiden kaiserlichen Majestäten wurden in Anlaß der Befestigung des Art. 5 folgende Danktelegramme erlassen:

Kaiser Wilhelm I. Berlin (bezieht sich Kaiser Franz Joseph, Wien). Sr. Maj. treuehuldigste Kampfgenosser... Kaiser Wilhelm I. Berlin (bezieht sich Kaiser Franz Joseph, Wien). Sr. Maj. treuehuldigste Kampfgenosser...

Aus Anlaß des zwischen Deutschland und Oesterreich abgeschlossenen Vertrages betreffend die Aufhebung des Art. 5 des Prager Friedens hat der Deutsche Landwehrverein für das nördliche Schleswig in Hadersleben, unterzeichnet Dyllen, Stendegaard, Johannsen, Bürgelmann, folgendes Telegramm an den Generalfeldmarschall v. Manteuffel gesandt: „Die Deutschgestimmten im Kreise Hadersleben danken Sr. Exc. für die Sieben Fuß Erde.“

Thüringische Staaten. 3 Oera, 5. Febr. Der Landtag genehmigte die Staatsverträge 1) mit der großherzoglich sächsischen Regierung zu Weimar über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Landgerichts in

Schachte. Die ganzen Nachbarwerke sind in größter Gefahr.“ Unterm 18. Febr. berichtet ein Telegramm, daß das Wasser im Nesselwerke am Nachmittage 100 Meter hoch stand, noch fortwährend stieg und daß die teplitzer Stadtquelle versiegt und die schönauer schwächer geworden ist. In den Schächten dagegen wächst die Erwärmung des Wassers.

Dem Leipziger Tageblatt wird aus Teplitz vom 18. Febr., 3 Uhr nachmittags, telegraphirt: „Das Gebirgsunglück ist mit den schrecklichsten Konsequenzen verknüpft. Seit heute früh blieb im Stadtbad, in der Urquelle der teplitzer Bäder, das Wasser aus; dagegen ist das Wasser, welches sehr wärmehaltig ist, in den Koblenerwerken seit heute Morgen noch immer im Steigen begriffen. Die Stadtvertretung wurde heute schleunigt einberufen und telegraphirte der Regierung um sofortige Sendung einer Commission der Geologischen Reichsanstalt.“

Wie uns mitgetheilt wird, erscheint von Dr. v. Treitschke's „Deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert“ der erste Band (als 24. Theil der in S. Hirzel's Verlage in Leipzig erscheinenden „Staatsgeschichte der neuesten Zeit“) in drei Bänden. Dieser erste Band enthält neben einer Einleitung: „Der Untergang des Reiches. 1) Deutschland nach dem Westfälischen Frieden. 2) Revolution und Fremdherrschaft. 3) Preußens Erhebung. 4) Der Befreiungskrieg.“

Gera mit... bei dem... gierungen... gerichtsbeg... gerichtsbeg... gerichtsbeg... burg, Gera... Landgerichte... Aufhebung... nach ist... für das... Kreis des... gerichtsbeg... dabei wesent... schaffung... im Ausschus... stellung... schaft auszu... nen Landes... Punkte es... hat aber... des Aussch... abgehoben... bent des g... Kreisgericht... eine den gr... sprechende b... mehr unver... nung des g... Der Landta... jahr, um d... lagen wozu... organisation

Die Bun... telegraphiren... Sr. Maj... bleibt noch... sichtlich vorkan... bisherigen... Stremmahr... nächsten 24... Verhandlung... nischen Frag

Aus P... Journal gefe... Landesherrsch... verurtheilt... demokratische... kaum noch... und schon... wegen vorge... triebe geme... sich nämlich... wegen Heil... und Bildung... gerichtliche U... von Duz, B... wegen der vo... arbeiter ein... kratische Wilt... hören besont

Aus Tri... Presse beicht... abgeordnete v... Frhr. v. Ham... war der ein... und Schriftst... stall. Er di... terierement... scheid, um sic... Dainfeld in... Wahlen ver... Abgeordneten... Hartberg in... club an.“

Aus Vo... Allgemeinen Z... ungstreit... unerwünschte... protestantischer... hat sich auch... gang einer pr... der Pfarrer... des Reichnams... beginnen woll... mächtiger des... verlesen, desse... Verdringung... soll. Allein d... andere Verbun... daß die in... Prophezei auß... ranzen nicht... rath Gold mac... Weise auf die... monstration an... kirchliche Cerem

Gera mit dem neufränkischen Kreis; 2) mit den übrigen, bei dem Oberlandesgericht zu Jena betheiligten Regierungen über die Bildung gemeinschaftlicher Schwurgerichtsbezirke, wonach die Sitzungen dieser Schwurgerichtsbezirke für die Bezirke der Landgerichte Altenburg, Gera, Greiz, Rudolstadt und Weimar bei dem Landgerichte Gera abgehalten werden, und 3) wegen Aufhebung des Appellationsgerichts zu Eisenach. Dier- nach ist nunmehr das Landgericht in Gera wenigstens für das Fürstenthum Reuß j. L. und den neufränkischen Kreis des Großherzogthums Weimar sowie der Schwurgerichtsstelle für Gera festgesetzt. Die Stadt Gera hat dabei wesentliche Opfer gebracht, indem sie durch Verschaffung von Localitäten entgegenkam. Es war zwar im Ausschusse des Landtags versucht worden, das Fürstenthum Reuß ä. L. von der Schwurgerichtsgemeinschaft auszuschließen, nachdem es sich zu einem eigenen Landesgerichte verstanden hat, um auch in diesem Punkte es seinen particularen Weg gehen zu lassen; so hat aber im Interesse der Verträge die Minorität des Ausschusses für Justiz im letzten Moment davon abgesehen, desfallsige Anträge zu stellen. Als Präsident des greizer Particularlandgerichts ist der hiesige Kreisgerichtsrath Montag designt; die Wahl wird als eine den greizer Regierungsanstaltungen durchaus entsprechende bezeichnet. Das Ministerium hier wird nunmehr unverzüglich an die Vorbereitungen zur Eröffnung des gemeinschaftlichen Landgerichts herantreten. Der Landtag verlegt sich am 5. Febr. bis zum Frühjahr, um dann noch verschiedene gesetzgeberische Vorlagen wegen der Uebersetzung in die neue Gerichtsorganisation zu erledigen.

**Oesterreich-Ungarn.**

Die Budapest Correspondenz läßt sich aus Wien telegraphiren: „Ministerpräsident Tisza, der heute von Sr. Maj. in längerer Audienz empfangen wurde, bleibt noch ein bis zwei Tage in Wien, nachdem Aussicht vorhanden ist, daß die Reconstruirung des bisherigen österreichischen Cabinets mit Dr. Stremayr als Ministerpräsidenten im Laufe der nächsten 24 Stunden gelingen dürfte und dann die Verhandlungen resp. Besprechungen bezüglich der hiesigen Fragen sofort aufgenommen werden sollen.“

— Aus Prag vom 12. Febr. wird dem Dresdner Journal geschrieben: „Die vor kurzem vom hiesigen Landesgericht zu längeren oder kürzeren Freiheitsstrafen verurtheilten 16 Teilnehmer an dem geheimen socialdemokratischen Delegirtencongrès in Brzoznow haben kaum noch die ihnen zuerkannte Strafe angetreten, und schon werden neuerdings gerichtliche Schritte wegen vorgelommener socialdemokratischer Umtriebe gemeldet. Das Bezirksgericht in Dux hat sich nämlich veranlaßt gesehen, gegen 60 Arbeiter wegen Theilnahme an socialdemokratischen Agitationen und Bildung einer geheimen Gesellschaft die strafgerichtliche Untersuchung einzuleiten. Die Gegenden von Dux, Bräz, Aulstz und Komotau sind überhaupt wegen der dort zahlreich vorhandenen Berg- und Fabrikarbeiter ein sehr geeignetes Terrain für socialdemokratische Wühlereien und müssen deshalb von den Behörden besonders scharf im Auge behalten werden.“

— Aus Triest vom 12. Febr. wird der Neuen Freien Presse berichtet: „Heute Nacht ist der Reichsrathsabgeordnete v. Hammer-Burgstall gestorben. Karl Frhr. v. Hammer-Burgstall, geboren 20. April 1817, war der einzige Sohn des berühmten Orientalisten und Schriftstellers Joseph Frhr. v. Hammer-Burgstall. Er diente früher als Offizier im 44. Infanterieregiment und nahm als Hauptmann seinen Abschied, um sich der Bewirthschaftung seiner Herrschaft Hainfeld in Steiermark zu widmen. Die directen Wahlen verschafften ihm einen Sitz im gegenwärtigen Abgeordnetenhaus; er vertrat den Stadwahlbezirk Hartberg in Steiermark und gehörte dem Fortschrittclub an.“

— Aus Bozen vom 8. Febr. wird der ausburger Allgemeinen Zeitung über einen abermaligen Beerdigungsstreit berichtet: „Der Stadt Bozen ist das unerwünschte Los beschieden, immerfort der Schauplatz protestantischer Beerdigungsangelegenheiten zu sein; dies hat sich auch wieder gestern Nachmittag bei der Beerdigung einer protestantischen Frau gezeigt. Als nämlich der Pfarrer Richter von Meran bei der Uebernahme des Leichnams in der Todtenkapelle die Functionen beginnen wollte, erschien ein Cooperator als Bevollmächtigter des Propstes Wieser, um einen Protest zu verlesen, dessen Inhalt mit dem bei der klährischen Beerdigungsgeschichte verlesenen identisch gewesen sein soll. Allein diesmal nahm die Sache eine entschieden andere Wendung, und man konnte sich überzeugen, daß die in dieser Angelegenheit zu Ungunsten des Propstes ausgefallenen Entscheidungen von vier Instanzen nicht ohne Wirkung geblieben sind. Magistratstath Told machte den geistlichen Herrn in energischer Weise auf die gesetzlichen Folgen einer fruchtlosen Demonstration aufmerksam, und infolge dessen konnte die kirchliche Ceremonie in der Kapelle und auf dem Fried-

hofe in Anwesenheit einer großen Menschenmenge standlos zu Ende geführt werden — ein Zeichen, daß man auch in Tirol mit Energie zum Ziele kommt!“

**Italien.**

Die Schlesiße Volks-Zeitung enthält folgende Mittheilung: „Eine die katholische Welt hoch interessirende Nachricht wird uns soeben gemeldet. Se. Heiligkeit Papp Leo XIII. wird nächster Tage ein allgemeines großes Jubiläum verkündigen, indem der Heilige Vater hierin mit apostolischer Liebe und Freigebigkeit dem Beispiel seiner erhabenen Vorgänger folgt, welche im Anfange ihrer Regierungszeit die Schätze der geistlichen Ablassse den Gläubigen auch zu öffnen pflegten.“

**Frankreich.**

\* Paris, 12. Febr. Die Heteren des Frn. Jules Vallès und anderer ehemaliger Communards werden von der République française mit folgenden Worten abgefertigt: „An Vorwänden zur Aufstachelung der Leidenschaften wird es nicht fehlen, und wir werden sogar Unternehmer öffentlicher Aufregungen thätig sehen. Wir dürfen uns dadurch nicht stören oder erschrecken lassen. Das politische Leben bringt solche Zwischenfälle mit sich. Das alles ist vorübergehend; nur unsere Geduld, unsere Mäßigung, unser Verständniß der praktischen Nothwendigkeiten dürfen nicht vorübergehend sein. Wir sind die Nation, und die Republik wäre nur eine Eintagsregierung, wenn sie nicht die Regierung der Nation wäre. Wir haben wohl Acht zu geben auf das, was wir thun werden; unser Los ist in unsern Händen. Täuschen wir uns nicht, und um uns nicht zu täuschen, halten wir es nicht mit jenen, welche Aufregungen hervorzurufen suchen, sondern mit jenen, welche es sich zur Aufgabe machen, dieselben zu beschwichtigen.“ Selbstverständlich sind die Intransigenten auf Gambetta sehr schlecht zu sprechen, und ein Gerücht will sogar wissen, die in London weilenden Communards hätten den Tod Gambetta's beschloßen.

Das Paris-Journal enthält folgende Satire auf die zurückgekehrten Communards. Sie ist betitelt „Die Rückkehr der verlorenen Söhne“. Victor Hugo, der Communardenfreund, sitzt in seiner Studierstube und arbeitet an einer Rede, die er nächstens im Senat halten will, als seine sogenannte Haushälterin Brigitte ihm die Nachricht bringt, daß man draußen ihn zu sprechen wünscht. Es sind die zurückgekehrten Communards, und bald treten auch ihrer zwölf herein und spielen ohne weitere Einleitung auf das Bewillkommungsfrühstück an, obgleich ihnen Victor Hugo lieber ein Stück aus seinen „Chansons des rues et des bois“ vorlesen möchte. Brigitte bemerkt schließlich, es sei nur noch ein Stück Kalbsbricandau da, worauf sie denn von Victor Hugo zum benachbarten Wirth geschickt wird, erhält aber vorher den Wink, das Silberzeug vor den Händen der raubfüchtigen Bande in Sicherheit zu bringen. Wie zu erwarten stand, fällt das Frühstück sehr schlecht aus, schlechter als in Numea, wie einer der Geladenen schreit; Victor Hugo stößt wiederholt auf das letzte Glas an, aber der Wink wird nicht verstanden. Zum Schluß nehmen sie sich als Ersatz für das Frühstück allerhand Andenken aus des Dichters Wohnstube mit, was sich Victor Hugo noch gefallen läßt; als ihm aber einer mittheilt, daß sie erstens regelmäßig an einem Wochentage bei ihm vorkommen, und daß alle 2000 Wegendigten der Reihe nach ihm ihre Aufmerksamkeit machen würden, ruft Victor Hugo seiner Haushälterin zu: „Brigitte, pack die Koffer, wir ziehen wieder nach Guernsey.“

— Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Paris: „Dem neuen Kammerpräsidenten Gambetta, der bekanntlich ein großer Feinschmecker ist, wird vorgeworfen, daß er dem reichen Herzog X im Faubourg Saint-Germain seinen famosen Koch abspenstig gemacht. Letzterer tritt eines Tages zum Herzog und kündigt ihm den Dienst. Wohin gehen Sie denn? „Zum Kammerpräsidenten; in seinem Hause ist die Zukunft; man hat mir vier Köche unterstellt, und Sie begreifen!“

— Aus Paris vom 12. Febr. schreibt man der Kölnischen Zeitung: „Die nächtlichen Raubansfälle dauern an und erstrecken sich sogar jetzt auf die vornehmen Viertel von Paris. So wurde gestern Nacht gegen 1 Uhr morgens ein Mädchenjunge, der sich nach seiner Wohnung in der Rue de Eliche begab, in der Nähe der Eglise de la Trinité am Ende der Rue de la Chaussée d'Antin von drei Kerlen angegriffen. Der eine versetzte ihm Stiche mit einem Messer, während die zwei andern seine Taschen untersuchten. Er rief um Hülfe; glücklicherweise eilte ein Vorübergehender herbei, worauf die Räuber reißaus nahmen. Selbst in den Wagen ist man im Innern von Paris nicht mehr sicher. Die Schaupielerin Alice Lavigne, welche vorgestern um 1 1/2 Uhr durch die Rue Raubenge — die in die Rue du Faubourg Montmartre mündet — in einem Fiaker fuhr, wurde von drei Strolchen an-

gefallen. Der Kutscher, der durch Steinwürfe am Kopfe verletzt worden war, sprang von seinem Wagen herab und setzte sich zur Wehr. Der Käm, der durch den Kampf entsetzt, rief einige andere Personen herbei und die Raubmörder ergriffen die Flucht. Ein anderer nächtlicher Angriff fand auf der Place du Trône gegen einen gewissen Hellmann statt, der gerade beim Polizeicommissar gewesen war, um von demselben, aber vergeblich, die Erlaubniß zum Tragen eines Revolvers zu erhalten. Er wurde zur Erde geworfen und beraubt. Auf sein Geschrei waren mehrere Personen herbeigeeilt, aber die Missethäter waren bereits mit ihrer Beute verschwunden. Zwei dieser Strolche wurden gestern aber doch festgenommen. Dieselben hatten in der Rue d'Allemagne einen Mann mit seiner Frau angegriffen. Auf ihr Hülfegeschrei eilten diesmal Polizeiaagenten herbei. Die Diebe ergriffen die Flucht, fielen aber Soldaten, die des Weges kamen, in die Hände und wurden nach einem verzweifelten Widerstande auf den Polizeiposten gebracht. In den letzten acht Tagen sind auch 15 Personen, junge Mädchen, kleine Kinder, junge Leute und sogar einige ältere Männer spurlos verschwunden. Einer der letztern, der Eisenbahnbeamte Louis Chaumont, der in Pantin wohnt, war nach Paris gekommen, wo er 1000 ihm angehörende Francs einkasirte. Da er sich in einem Kaffeehause verspätet hatte, so war es schon Mitternacht, als er sich nach Pantin zurückbegab, und seitdem hörte man nichts mehr von ihm. In Paris herrscht panischer Schrecken.“

**Großbritannien.**

† London, 12. Febr. Der gestrige Abend brachte eine Reihe von Reden, gehalten von Mitgliedern des Unterhauses beider Parteien. In Walsall behandelte Sir Charles Forster (Liberal) die Geschichte der orientalischen Frage. Nach seiner Meinung hat die Regierung Irthümer begangen und günstige Gelegenheiten vernachlässigt, und dadurch die Katastrophe, die sie zu vermeiden wünschte, beschleunigt. Der Krieg mit Afghanistan — so meinte Sir Charles Forster — sei ungerecht. Griechenland hätte auf dem Congreß nicht im Stich gelassen werden dürfen; sondern im Gegentheil Vergrößerung erfahren müssen, wenn man ein Gegengewicht gegen russisches Vorgehen hätte haben wollen. Redner sieht keine Besserung des Handels, wenn nicht die jetzige Sensationspolitik aufgegeben werde. Er erwartet bei den Neuwahlen den Triumph der liberalen Partei.

In Portsmouth sprachen die Abg. Sir James Elphinstone und Fr. J. E. Bruce. Jener, ein Lord des Schatzes, beklagte die Niederlage im Zululande, meinte aber, das Unglück werde nur größere Anstrengungen wecken und in gänzlicher Vernichtung und Unterjochung der Feinde enden. Der afghanische Krieg sei thatsächlich vorbei und Redner rechnet zuversichtlich auf eine künftige Grenzlinie am Hindukusch. Der Berliner Vertrag solle in jeder Beziehung ausgeführt werden; jetzt, wo England vorangegangen sei, bereiteten sich andere Länder in gleicher Weise, russischen Ehrgeiz zu beugen.

In Newbrompton sprach Hr. Gorst, der Vertreter des Wahlkreises Chatow. Er betonte die Nothwendigkeit, Verstärkungen nach Afrika abzuschicken und die Ursachen der Niederlage jener zu untersuchen. Die Verantwortlichkeit des Krieges sei zunächst von der Localbehörde am Cap zu tragen. Als Verathungsgegenstände für das morgen zusammentretende Parlament erwartet der Redner Gesetzesmaßregeln zum Besten der arbeitenden Klassen, wie sie die Regierung versprochen habe.

In Westminster redeten der Marineminister W. S. Smith und Sir Charles Russell. Jener gedachte der Unglücksmeldungen von Afrika und hofft das Beste von den Schritten, die das Cabinet seitdem unternehmen. In Wednesbury endlich hielt der liberale Hr. A. Brogden eine Rede. Den Handelsbrud erklärt er für verstärkt durch die politische Aufregung der letzten Monate, wünscht eine sparsame Regierung, nicht eine unvorsichtige und extravagante. Auch Hr. Brogden hofft auf einen liberalen Umschwung bei den Wahlen.

**Niederlande.**

Bezüglich der Erbschaft des Prinzen Heinrich der Niederlande erhält die Trierische Zeitung aus Luxemburg vom Sonnabend eine Correspondenz, der wir Folgendes entnehmen: Die Trierische Zeitung hat schon verschiedene Mittheilungen über die Frage gebracht, inwiefern die verwitwete Prinzessin Heinrich der Niederlande an der Erbschaft ihres verstorbenen Gemahls betheiliget sei. Obgleich die Frage die Gemüther auch hier begreiflicherweise ziemlich in Spannung erhält, so hat man dennoch bis heute ganz Gewisses darüber nicht in Erfahrung bringen können. Nur verlautet, daß auf der ersten Seite des Verathungscontractes eine jährliche Rente von 75000 fl. für die Witwe stipulirt sei. Dies würde so ziemlich mit der Rente von 40000 Thln. stimmen, von der berliner Blätter sprachen. Weiterhin wäre auch auf jener ersten Seite auf anderweitige Stipulationen



Leipziger Börse.

14. Febr.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, Paris, and Warsaw.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including titles like 'Deutsche R.-Anl. 1877 v. 1000-2000' and 'K.B. Renten-anl. v. 1876 v. 5000-3000'.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for various banks and locations.

Sorten.

Table of various types of securities and bonds, such as 'Vollwicht. Preuss. Friedrichsdor'.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table of railway stock prices for companies like 'Altenburg-Zeitz' and 'Ansb.-Regenb.'.

Table of railway stocks (Eisenbahn-St.-P. Act.) for companies like 'Altenburg-Zeitz' and 'Chemn.-Ansb.-Regenb.'.

Bank- u. Credit-Actien.

Table of bank and credit shares, including 'Allg. D. Cr.-A. Leipzig' and 'Berl.-Disc.-Ges. Anth.'.

Industrie-Act. Prioritäten.

Table of industrial shares and priorities, such as 'Chemn.-A. Spinnereifabrik' and 'Creslow. Papierf. S. Halle'.

Ausländische Fonds.

Table of foreign bonds, including 'Oesterr. Goldrente v. 10000-1000' and 'Ungar. Goldrente'.

Teutonia, Lebens-V. H.

Table of Teutonia life insurance company shares.

Table of international railway stocks (Int. Eisenb.-Prior.-Obl.) for companies like 'Altenburg-Zeitz' and 'Altona-Kieler'.

Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table of foreign railway bonds, including 'Aussig-Teplitzer I. Em. v. 1000'.

Kohlen-Act. u. Prior.

Table of coal shares and priorities, such as 'Friedensgrube Meuselwitz' and 'Mariengrube bei Meuselwitz'.

Table of international railway bonds (Int. Eisenb.-Prior.-Obl.) for companies like 'Altenburg-Zeitz' and 'Altona-Kieler'.

Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table of foreign railway bonds, including 'Aussig-Teplitzer I. Em. v. 1000'.

Kohlen-Act. u. Prior.

Table of coal shares and priorities, such as 'Friedensgrube Meuselwitz' and 'Mariengrube bei Meuselwitz'.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Sonnabend, 15. Febr. Neu einstudiert: Romeo und Julia. Tragedie in 5 Acten von Shakespeare.

